

1. Mai 1967

Von Vizekanzler Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eine Willenskundgebung für Frieden, für Gerechtigkeit, für demokratische und soziale Aufwärtsentwicklung - das ist der Sinn des 1. Mai. Das war so, als erstmals der "Tag der Arbeit" gefeiert wurde. Und das ist am 1. Mai 1967 ebenso. Wir wissen um das Auf und Ab in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Wir wissen auch um die krisenhaften Erscheinungen, denen Wirtschaft und öffentliche Finanzen, die staatliche Ordnung und nicht zuletzt die breiten Schichten des Volkes im vergangenen Jahr ausgesetzt wurden. Das durfte man sich nicht zügellos weiterentwickeln lassen. Deshalb kam es zur Bildung der neuen Bundesregierung. Am 1. Dezember wurde insoweit grünes Licht gegeben. Es ging nicht mehr ohne die Sozialdemokraten, sondern die SPD steht in der zentralen Regierungsverantwortung. Es wird wieder regiert - nach Jahren der Entschlüssigkeit und des Durcheinanders.

Dieser wichtige Vorgang auf der Bühne des politischen Lebens zwingt dazu, bisher übliche Vorstellungen zu überdenken. Denn als die Sozialdemokraten in die Regierung eintraten, da leuchtete über Deutschland nicht die Sonne; es hatte sich ein Sturm zusammengebraut. Und wenn auch ein altes Sprichwort sagt "Auf Regen folgt Sonne", so wollen wir doch festhalten, daß unsere Bundesrepublik noch nicht aus der Schlechtwetterperiode heraus ist. Die SPD ist keine Schönwetterpartei, sondern sie stellt sich der Verantwortung auch, wenn es weniger freundlich aussieht. Es kann aber nicht in Monaten aus der Welt geschafft werden, was sich in Jahren an Schwierigkeiten aufgetürmt hat. Niemand kann andererseits bestreiten, daß unser Griff ins Steuerrad die Voraussetzungen dafür schafft, den Staat und mit ihm Wirtschaft und öffentliche Finanzen aus dem Bereich des heraufziehenden Sturms herauszuführen.

Bei jeder veränderten Situation muß sachlich geprüft werden, ob der bisher eingeschlagene Kurs richtig war. Nur so kann man den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft gerecht werden. Für uns Sozialdemokraten gelten seit Eintritt in die Bundesregierung keine veränderten Überzeugungen. Für uns gibt es auch keine gespaltenen Loyalitäten. Für uns bleibt es dabei: Wir wollen den demokratischen und sozialen Bundesstaat nicht nur als Verfassungsgebot, sondern wir wollen ihn fortschreitend und umfassend verwirklichen.

Im Innern gilt es sowohl Arbeitsplätze zu sichern, als auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es gilt Stabilität zu erreichen und wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten. Es geht darum, die Staatsfinanzen auf längere Sicht zu ordnen. Erst bei der Regierungsbildung und danach hat sich in vollem Umfange ergeben, ein wie schweres Erbe hinterlassen wurde. Es wird geraume Zeit dauern, bevor man sagen kann, daß die Scheuern wieder gefüllt sind.

Der gewerkschaftliche Leitgedanke dieses 1. Mai lautet: "Auf sozialem Kurs voran". Wir Sozialdemokraten können diesen Satz ohne zu zögern mitunterschreiben. Unsere Politik ist darauf verpflichtet, die Angst um den Arbeitsplatz aufhören zu lassen und für ausgeglichene Maßnahmen zu sorgen, durch die soziale Härten und einseitige Belastungen vermieden werden. In diesem Sinne wirken wir für den Arbeitnehmer in der "Großen Koalition".

Mir klingen noch die Empfehlungen im Ohr, die zur Sanierung des

Bundshaushalts gemacht wurden. Es war die Rede davon, Steuern radikal zu erhöhen. Es war auch die Rede davon, soziale Leistungen des Staates abzubauen. Darauf durfte man sich nicht einlassen. Der Einfluß der Sozialdemokraten hat es bewirkt, daß die öffentlichen Finanzen nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer geordnet wurden. Von der Kilometergeld-Pauschale bis zur Rentenversicherung sind vertretbare Lösungen gefunden oder durchgesetzt worden. Mit dem Kreditfinanzierungsgesetz werden Arbeitsplätze gesichert. Eine sozial verpflichtete Wohnungspolitik und andere wichtige Maßnahmen gehören mit zu der heute gebotenen und möglichen Politik im Interesse der Arbeitnehmer.

Die Sozialdemokraten haben sich nicht nur die Aufgabe gestellt, heute zu reparieren, was man gestern unvernünftig kaputt gehen ließ. Wir denken über die Reparaturen hinaus, denn wir wollen Neues bauen. Wann und in welcher Form das geschehen kann, das hängt - ich betone es nochmals - davon ab, daß Stabilität und Wachstum der Wirtschaft gesichert werden. Diese und viele andere Aufgaben in Deutschland erfordern Energie und Gestaltungskraft. Die SPD setzt dabei ein, wozu sie durch die Wähler legitimiert ist.

Energie und Gestaltungskraft sind auch geboten, um die Stellung unseres Landes in der Welt richtig zu sehen, den Frieden sichern zu helfen und damit zur Schaffung einer wirklichen europäischen Friedensordnung beizutragen. Die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hat gezeigt, daß hier die Akzente neu oder deutlicher als bisher gesetzt wurden. Die auf sozialdemokratische Initiative zurückgehende Erklärung der Bundesregierung zur Erleichterung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gehört ebenso dazu wie unser Offener Brief an die Delegierten des VII. Parteitages der SED. Gerade in der Außenpolitik und in der Deutschlandpolitik bleibt viel zu tun, aber einiges hat sich doch schon geändert. Wurde unser Land noch vor Monaten vielfach als Hemmschuh einer friedlichen Entwicklung verketzert, so beginnt sich dies jetzt ins Gegenteil zu verkehren.

Wir Deutsche können und dürfen nicht Fortschritte in der Entspannung zwischen Ost und West mit der Forderung blockieren, zuvor müßten Fortschritte in der deutschen Frage bescheinigt werden. Fortschritte in der deutschen Frage werden möglich sein, wenn es gelingt, das Problem des gespaltenen Deutschlands in den Rahmen einer europäischen Friedensordnung einzubeziehen. Welche Fortschritte es für Deutschland gibt, wenn die Spaltung Europas abgeschwächt und zumindest in wichtigen Bereichen überwunden wird, das wird zu einem guten Teil von der Überzeugungskraft der deutschen Politik und davon abhängen, wie wir unsere Initiativen fortsetzen. Durch Störversuche - ganz gleich, ob sie von der furchtsamen Einheitspartei oder von anderen, die heute noch in den veralteten Kategorien des Kalten Krieges denken, unternommen werden - sollten wir uns nicht vom eingeschlagenen Weg drängen lassen. Es wird die Zeit kommen, in der ganz Europa überzeugt ist, daß es in Ost und West über alle Gräben hinweg ein gemeinsames Schicksal zu meistern gilt. Dieses Schicksal kann nur durch eine dauerhafte Friedensordnung zum Guten gewendet werden.

Das zeitbedingte Zusammenwirken der großen Parteien in der Großen Koalition ist kein politischer Eintopf, keine Einebnung von Überzeugungen, kein Vertuschen von Meinungsverschiedenheiten. Aber dieses Zusammenwirken wird die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht unverändert lassen. Manches wird sich nicht mehr zurückdrehen lassen. - Möglichst viel vom Geist des 1. Mai Wirklichkeit werden zu lassen, darin sehen wir Sozialdemokraten gerade auch als Mitträger der Bundesregierung unsere Aufgabe in der praktischen Politik.

Schrille Töne

Zum kommunistischen Gipfeltreffen in Karlsbad

G.M. - In Karlsbad hat der sowjetische Parteichef Breschnew die Liquidierung der militärischen Einrichtungen der NATO und des Warschauer Paktes gefordert. Polens Parteichef Gomulka verlangte den Abschluß eines Paktes zwischen den Staaten West- und Osteuropas, dessen Kern zunächst eine Nichtangriffserklärung sein soll. Darüber hinaus haben fast alle Redner in Karlsbad der neuen Bundesregierung unterstellt, sie betreibe eine "revanchistische Politik" und wolle sich nicht von ihren Forderungen aus der Zeit des Kalten Krieges lösen. Der Ton der Angriffe auf die Bundesrepublik ist härter geworden und man könnte fast glauben, die meisten kommunistischen Parteiführer in Ost- und Südosteuropa wollten bewußt von ihren eigenen Forderungen der jüngsten Zeit ablenken, wonach sie eine Friedensordnung für ganz Europa anstreben.

- * In Karlsbad zeigte sich also ein ähnlicher Widerspruch wie auf
- * dem VII. Parteikongreß der kommunistischen SED in Ostberlin.
- * Wenn man einerseits den gesicherten Frieden will, andererseits
- * aber zunächst die Unterwerfung derjenigen anstrebt, mit denen
- * man den Ausgleich sucht, wenn man sie sogar beschimpft und
- * ihnen unterstellt, sie wollten gar nicht den Frieden, dann
- * ist das ganze Unternehmen unlogisch.

Die Bundesregierung hat mehrfach versichert, sie sei bereit, Nichtangriffserklärungen abzugeben, in eine solche Erklärung auch den anderen Teil Deutschlands einzubeziehen und sich an den Vorbereitungen zu einer Friedensregelung für Europa zu beteiligen. Wenn die Parteiführer der kommunistischen Parteien Ost- und Südeuropas derartige Erklärungen nicht ernst nehmen und wenn sie sogar ihre Angriffe auf die neue Bundesregierung steigern, werden sie unweigerlich mit diesem Verhalten jenen politischen Kreisen in der Bundesrepublik Vorschub leisten, die schon immer offen oder hinter vorgehaltener Hand sagen, es habe überhaupt keinen Sinn, irgendeinen Beitrag zur Entspannung und Entkräftung des Ost-West-Verhältnissen in Europa zu leisten.

Nun könnte es zwar sein, man wollte in Karlsbad demonstrativ zeigen, wie fest geschlossen das "sozialistische Lager" sei. Vielleicht haben sich die kommunistischen Parteiführer auch gedacht, daß sie mit ihren überspitzten Forderungen und Formulierungen bei der neuen Bundesregierung den "Preis" für weitere Ost-West-Verhandlungen hochtreiben können. Das wäre eine kurzsichtige Taktik. Jedermann weiß, daß die neue Bundesregierung entschlossen ist, sich durch keinerlei noch so hoch geschraubte Forderungen aus der Ruhe bringen zu lassen. Die neue Bundesregierung wird ihre Politik der Entspannung fortsetzen in der klaren Erkenntnis, daß - auf die Dauer gesehen - immer mehr Staaten in der Welt einsehen werden, wer den Weg zu einer Friedensregelung in Europa erschwert oder gar blockiert.

Konzentration des katholischen Pressewesens ?

Interessante Anregungen des Münchner Prälaten Maier

sp - Der Pressereferent des Erzbischöflichen Ordinariats München, Prälat Maier, hat jetzt die Verlage des katholischen Pressewesens zur Umorganisation und Konzentration ihrer Arbeitsweise aufgerufen. Ähnlich wie in der übrigen Presse könne - so Prälat Maier - durch eine stufenweise Konzentration der Bistumsblätter mit einem Bruchteil der jetzigen Aufwendungen ein Effekt erzielt werden, der den Aufgaben einer modernen katholischen Presse gerecht werde. Zunächst sollen die Redakteure der Kirchenzeitungen durch regelmäßige Konferenzen dazu gebracht werden, interessantes Publikationsmaterial untereinander auszutauschen und die Richtung der Publikationen aufeinander abzustimmen. Parallel hierzu soll die Neuordnung antiquierter Besitz- und Verlagsverhältnisse vorangetrieben werden. Die verlegerische Kooperation könne sich auf Probleme des Druckes, des Vertriebs und der Werbung erstrecken und schließlich eine gemeinsame Anzeigenverwaltung herbeiführen.

Prälat Maier meint, daß auf diese Weise allein die bayerische Bistumspresse Verlagsobjekte in einer Auflagenhöhe von ca. 500 000 Exemplaren schaffen könnte. Dadurch würde die Kirchenpresse über den jetzt von ihr selbst gezogenen lokalen Rahmen hinaus auch für die Werbewirtschaft interessant werden... Der Prälat geht aber noch weiter. Er regt die Errichtung eines Zentralverlages und einer Zentralredaktion für alle Kirchenblätter an. Ziel sei ein in allen Bistümern erscheinendes Blatt mit gleichem Hauptinhalt. Je nach den örtlichen Bedürfnissen sollten Lokalbeilagen dem sogenannten "Mantel" beigelegt werden.

Die Anregungen von Prälat Maier sind, wie bisher zu erfahren war, zunächst nur in Bayern auf fruchtbaren Boden gefallen. Da jedoch anzunehmen ist, daß ähnliche Gedanken auch außerhalb Bayerns diskutiert werden, könnte unter Umständen bald mit einer tiefgehenden Reorganisation des gesamten kirchlichen Pressewesens in der Bundesrepublik gerechnet werden.

Die bisher bekanntgewordenen Widerstände gegen die Pläne von Prälat Maier sind hauptsächlich in Kreisen katholischer Verleger spürbar, die befürchten, daß die bisherigen zum Teil privaten Besitzverhältnisse entscheidend verändert werden könnten. Andererseits wird zugegeben, daß Prälat Maier Recht hat, wenn er in bezug auf die katholische Kirchen- und Verbandspresse feststellt: "Was nach außen oft als ein blühender Pressegarten angesehen wird, ist in Wirklichkeit vielfach Wildwuchs und Wucherung."

800 Jahre Kopenhagen

Großzügige Planung für die Zukunft

Die dänische Hauptstadt Kopenhagen begeht in diesem Jahr das Fest ihres 800-jährigen Bestehens. Kopenhagen wurde 1167 von Bischof Absalon gegründet. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kopenhagen, Urban Hansen, hat aus Anlaß der bevorstehenden Feierlichkeiten erklärt: "Ich glaube, Absalon wäre zufrieden mit seiner Stadt, wenn er heute lebte".

Wenn man die Zukunftsplanungen der dänischen Metropole betrachtet, würde der Bischof sicher staunen. Kopenhagen schickt sich an, den Weg der großen Metropole Skandinaviens einzuschlagen. Schon heute platzt die Stadt, die viel mehr eigenen Grundbesitz hat, als es sich deutsche Großstädte je erträumen, aus allen Nähten. Neue Industrie-Achsen wachsen in die Landschaft, und der Kopenhagener Flugplatz Kastrup ist inzwischen der fünftgrößte Europas.

Hochbrücke und Tunnel

So wird Kopenhagen nach den Vorstellungen von Oberbürgermeister Hansen die jenseits seines Hafens liegende Insel Amager in die Stadtplanung einbeziehen, über die weitere Insel Salt-holm über den Öresund wachsen und schließlich im schwedischen Malmö das Gegenstück der interskandinavischen Großstadt finden. Eine mächtige Autobahn- und Schnellzugstrecke soll teils mit einer Hochbrücke, teils mit einem Tunnel den Öresund überqueren.

Die Analysen der Kopenhagener Stadtplaner sind schon fertiggestellt. Wagt man den Brückenschlag und macht man Amager zu einer Trabantenstadt mit mindestens 120.000 Einwohnern, wird die dänische Hauptstadt nicht weiter ins Uferlose nach Norden und Westen der Insel Seeland wachsen. Ein Engros-Supermarkt für ganz Nordeuropa und Service-Center beiderseits des Brückenschlags schweben den Kopenhagenern ferner vor.

Der Architektenwettbewerb für die vom Militär zur Besiedlung freigegebene Insel Amager, die sich keilförmig in das Herz Kopenhagens vorschiebt, ist abgeschlossen. Die ersten Ergebnisse sind veröffentlicht. Nach den Plänen soll 1970 mit der wohl modernsten Bebauung einer Trabantenstadt in Europa begonnen werden. Im Jahr 2 000 wird Amager-Stadt mindestens 120 000 Menschen zählen. Man denkt an zehn Städteinheiten von je 12 000 Einwohnern.

Straßenverkehr unter der Erde

Die Architekten und Stadtplaner von Kopenhagen denken aber vor allem an die künftigen Bewohner. Der gesamte Straßenverkehr wird unter die Erde verlegt. Die Stadtautobahn wird unter der Erde mit den Haltepunkten der Untergrundbahn verknüpft und daneben wird es riesige Garagenzentren unter den Kellern der Häuser geben. Bis auf wenige Straßen wird es in ganz Amager künftig parkähnliche Fußgängerwege oder anregende Einkaufs- und Vergnügungsstraßen geben. Wer ins nächste Wohnquartier oder ins Kopenhagener Zentrum will, nimmt die Rolltreppe und fährt unter die Erde zu seinem Wagen oder zur U-Bahn.

Terrassenwohnungen statt Etagenhäuser

Etagenhäuser, so wie wir sie heute kennen, wird es in Amager-Stadt nicht mehr geben. Die Pläne, mit deren Realisierung schon in drei Jahren begonnen wird, gehen von Terrassen-Wohnungen mit kleinen Gärten im Stockwerkssystem aus. Jede Wohnung in den großen Blocks wird so angelegt, daß man nach der Sonnenseite den Auslauf und das Grün auch noch in der obersten Etage hat, und daß einem der Nachbar nicht in die Fenster blicken kann.

Architekt Poul Erik Skriver hat das neue Wohnsystem mit den Worten beschrieben: "Die Wohnungen sind so gestaltet, daß von einigen Zimmern freie Aussicht ist, von anderen Aussicht und Zutritt zum Terrassengarten. Es handelt sich um eine neue und in Dänemark noch nicht ausprobierte Bauform".